



Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ Wissenschaftliche Evaluation

Abschlussbericht Teil 1

Ergebnisse der allgemeinen Bevölkerungsbefragung



Bürgerrat Ernährung
des Deutschen Bundestages

verian 

Institut für Demokratie- und
Partizipationsforschung (IDPF)
Forschungsstelle Bürgerbeteiligung



BERGISCHE
UNIVERSITÄT
WUPPERTAL

Impressum

Autorinnen und Autoren:

Bergische Universität Wuppertal |

Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung (IDPF):

Detlef Sack, Nora Freier, Alan Marx, Hans J. Lietzmann,

Emilia Blank, Marek Wunder & das Team des IDPF

Verian: Elke Himmelsbach, Sophia McDonnell, Vinzenz Margreiter

Deutscher Bundestag

Stabsstelle Bürgerräte

Platz der Republik 1

11011 Berlin

www.bundestag.de



www.bundestag.de/buergerrat_ernaehrung

Gestaltung:

Liane Haug

Umsetzung barrierefreies PDF:

m4p Kommunikationsagentur GmbH

www.m4pk.de / www.pdf-barrierefrei-erstellen.de

Foto:

Deutscher Bundestag/Robert Boden/Mehr Demokratie

Kontakt:

Prof. Dr. Detlef Sack, detlef.sack@uni-wuppertal.de

Stand:

Juni 2024

Inhalt

1	Einleitung	4
2	Ergebnisse der allgemeinen Bevölkerungsbefragung	5
2.1	Sicht auf Demokratie und Bürgerbeteiligung in der Bevölkerung	5
2.2	Wissen und Einstellungen zum Bürgerrat des Deutschen Bundestages	11
2.3	Bewertung des Themas Ernährung im Kontext des Bürgerrates	18
2.4	Schlussfolgerungen.....	27
3	Abbildungsverzeichnis	29

1 Einleitung

157 zufällig ausgeloste Personen traten erstmalig am 29. September 2023 zum Zwecke des ersten vom Bundestag eingesetzten Bürgerrates „Ernährung im Wandel“¹ zusammen. Der parlamentarische Auftrag der Bürgerinnen und Bürger bestand darin

„den Blick auf die im Alltag bereits stattfindenden Umbrüche in unserer Ernährung [zu] richten und die Perspektive der Bürgerinnen und Bürger in die politische Debatte ein [zu] bringen. Besonderes Augenmerk soll dabei auf der Rolle des Staates im Spannungsfeld von individueller Freiheit und Verantwortung für die Gesellschaft liegen. Der Mehrwert des Bürgerrates für den Deutschen Bundestag besteht darin, ein genaues Bild davon zu bekommen, welche Maßnahmen die Bürgerinnen und Bürger für eine gesündere und nachhaltigere Ernährung wünschen oder welchen Beitrag sie selbst dafür bereit sind zu leisten.“²

Keine vier Monate später (14. Januar 2024) stimmten im Paul-Löbe-Haus 113 Bürgerinnen und Bürger über neun Empfehlungen ab, die das Kernergebnis des Bürgerrates bilden. Mit der nachfolgenden Formulierung des Bürgergutachtens und dessen Übergabe an die Präsidentin des Deutschen Bundestages Bärbel Bas am 20. Februar 2024 kam die Arbeit der Bürgerinnen und Bürger zum vorläufigen Ende. Das Bürgergutachten und die Empfehlungen sind von nun an Beratungsgegenstand derjenigen Institution, die den Bürgerrat beauftragt hat, nämlich des Deutschen Bundestages. Dieser debattierte am 14. März 2024 den Bürgerrat als Format (Taugt der Bürgerrat als Format der parlamentarischen Demokratieinnovation?) und seine materiellen Empfehlungen für die Ernährungspolitik (Wollen die Fraktionen des Deutschen Bundestages die Empfehlungen beraten und zumindest teilweise umsetzen? Wenn ja, welche?). Der Eingang der Empfehlungen zur Ernährungspolitik in die parlamentarischen Beratungen und deren Überweisung in die Fachausschüsse markiert den Übergang der Verantwortung im Umgang mit dem Auftrag des Deutschen Bundestages. Kam diese bis zum 20. Februar 2024 noch den teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern zu, liegt sie nun wieder bei den Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Der Übergang in diese neue parlamentarische Phase des Bürgerrates war der Anlass, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation vorzulegen, die der Deutsche Bundestag beauftragt hat. Im Rahmen dieser wissenschaftlichen Evaluation ist eine allgemeine Bevölkerungsbefragung in zwei Schritten durchgeführt worden. Diese sollte die Bekanntheit und Akzeptanz des Bürgerrates bei den deutschen Bürgerinnen und Bürgern klären. Die Ergebnisse der Befragung legen wir hier gesondert vor. Sie sind auch im gesamten Abschlussbericht der wissenschaftlichen Evaluation enthalten.

1 BT-Drs. 20/6709

2 BT-Drs. 20/6709: 1

2 Ergebnisse der allgemeinen Bevölkerungsbefragung

Um die Haltung in der Bevölkerung zu dem Format Bürgerrat im Allgemeinen und zum Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ im Konkreten zu erfassen, wurden zwei deutschlandweite repräsentative Bevölkerungsbefragungen durchgeführt. Die erste Befragung wurde zeitnah nach Beginn der Evaluation im November und Dezember 2023 umgesetzt. Die zweite Befragung fand nach Abgabe der Bürgerempfehlungen statt, um zu klären, ob der Grad der Bekanntheit des Formates Bürgerrat sich erhöht hat, wie die grundsätzliche Haltung in der Bevölkerung zum Bürgerrat ist und inwieweit die Empfehlungen des Bürgerrates mit den entsprechenden Einstellungen und Haltungen in der Bevölkerung deckungsgleich sind.³

2.1 Sicht auf Demokratie und Bürgerbeteiligung in der Bevölkerung

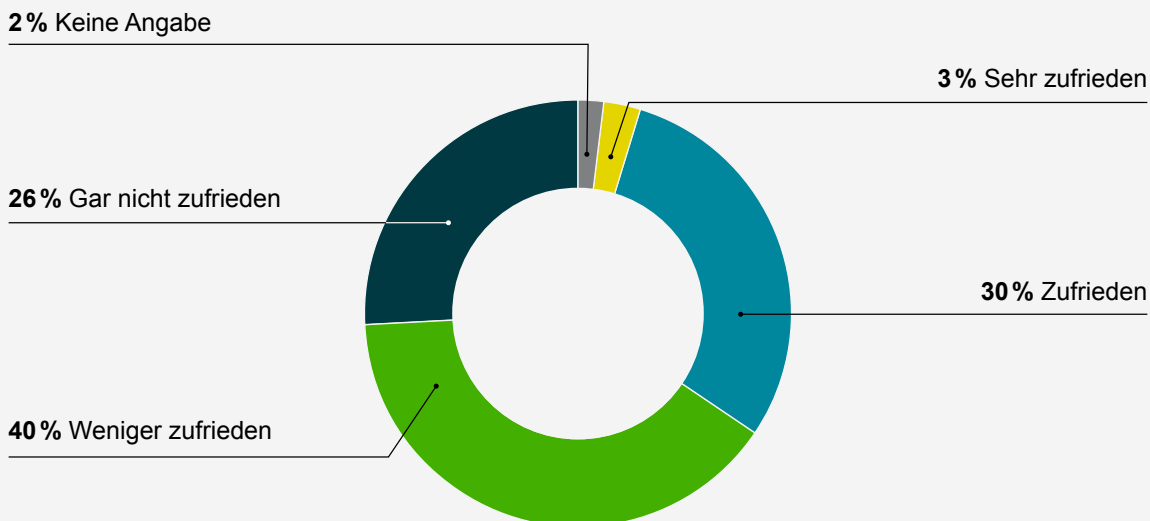
In der deutschen Bevölkerung nehmen Skepsis und Distanz zur Politik und Demokratie immer weiter zu. Trenduntersuchungen wie der ARD-Deutschland-Trend⁴ zeigen, dass insbesondere in den letzten zwei bis drei Jahren die Zufriedenheit mit der Demokratie massiv abnahm (siehe Abbildung 1). So ist auch in der ersten Bevölkerungsbefragung zum Bürgerrat aus dem November/Dezember 2023 zu beobachten, dass nur eine Minderheit von einem Drittel (33 Prozent) mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, zufrieden ist. Die zweite Befragung ergab sowohl bei dieser Frage als auch bei den folgenden Fragen zu politischen Einstellungen erwartungsgemäß keine signifikanten Änderungen, weshalb im Folgenden bei den grundlegenden politischen Einstellungen auf Basis der Ergebnisse der ersten Bevölkerungsbefragung aus dem November/Dezember 2023 berichtet wird.

³ Die repräsentativen Bevölkerungsbefragungen (quantitative Online-Befragungen, Online-Access-Panels, jeweils circa N = 2.000 Interviews) fanden in zwei Phasen statt (29. November-11. Dezember 2023, N = 2.101 und 22. Februar-4. März 2024, N = 2.107).

⁴ Infratest dimap. (2023). ARD-DeutschlandTREND: Oktober 2023. Abgerufen 12.06.2024, von <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2023/oktober/>.

Demokratiezufriedenheit

Frage: Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert?



Angaben in Prozent. Basis: Erste Bevölkerungsbefragung der Evaluation (N = 2.008)

Abbildung 1: Demokratiezufriedenheit der Bevölkerung
(Erste Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023)

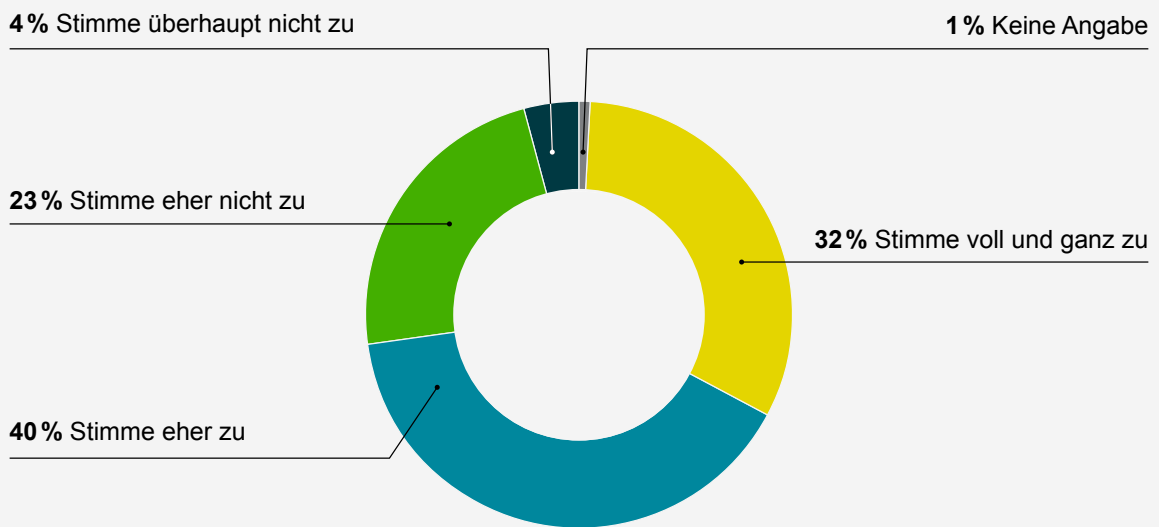
Ebenso glaubt weniger als ein Viertel daran, dass die Politik die Sorgen der Menschen ernst nehme (20 Prozent), das Wohl aller Bevölkerungsgruppen berücksichtige (24 Prozent) und die wirklich wichtigen Probleme angehe (24 Prozent). Nur eine Minderheit vertraut politischen Akteuren wie der Bundesregierung (32 Prozent), dem Bundestag (39 Prozent) und den politischen Parteien (23 Prozent). Dieses Misstrauen zeigt sich auch darin, dass rund zwei Drittel (63 Prozent) der Meinung sind, anstelle der Regierung sollten Expertinnen und Experten entscheiden, was das Beste für das Land ist. Entsprechend wird großer Reformbedarf gesehen – die Hälfte (50 Prozent) wünscht sich eine grundlegend andere Politik, weitere zwei Fünftel (39 Prozent) zumindest grundlegende Korrekturen in der deutschen Politik.

Eine Indikation, in welche Richtung diese Wünsche gehen könnten und welche Rolle partizipative Instrumente wie Bürgerräte spielen könnten, zeigt der Grad der Zustimmung zu einer Reihe von Aussagen zur Bürgerbeteiligung (Abbildung 2). So glauben fast drei Viertel der Bevölkerung (72 Prozent), dass in Deutschland Bürgerinnen und Bürger kaum Möglichkeiten haben, gesellschaftliche und politische Entscheidungen mit zu beeinflussen. Dies trifft ganz besonders auf Befragte mit formal niedriger Bildung (79 Prozent gegenüber 62 Prozent für hohe Bildung) oder mit einem niedrigen Haushaltsnettoeinkommen von unter 2.500€ (75 Prozent gegenüber 65 Prozent für hohe Haushaltsnettoeinkommen von 4.000€ und mehr) zu. Auch Frauen glauben eher, es gebe keine ausreichenden Einflussmöglichkeiten (76 Prozent gegenüber 69 Prozent der Männer). Entsprechend wünschen sich 88 Prozent der Befragten mehr Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, sich politisch zu beteiligen.

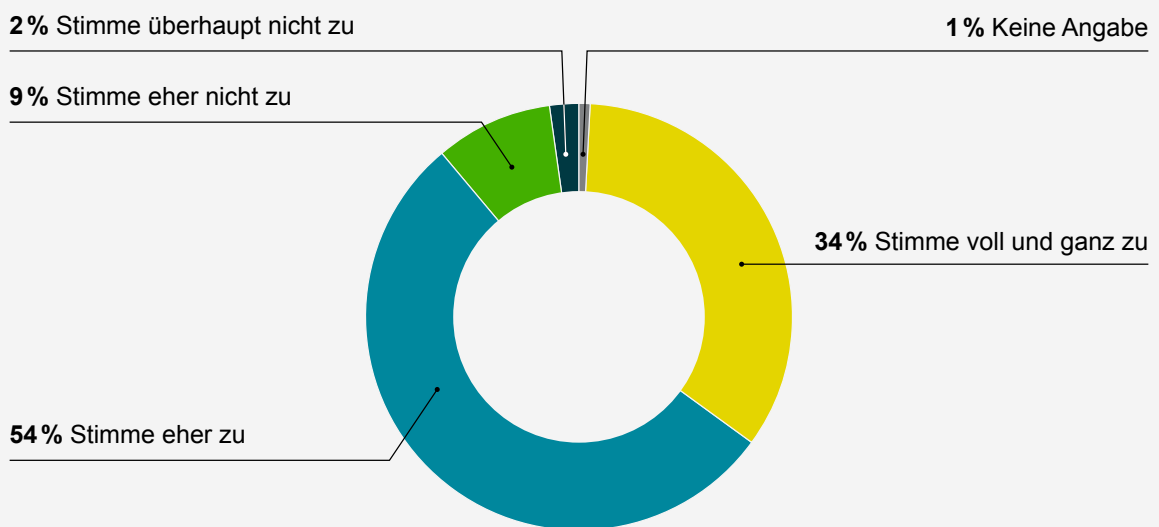
Aussagen zu Bürgerbeteiligung

Frage: Es gibt auch unterschiedliche Vorstellungen davon, inwiefern Bürgerinnen und Bürger die Politik beeinflussen sollten und bereits können. Wie sehen Sie das?

In Deutschland haben Bürgerinnen und Bürger **kaum Möglichkeiten**, gesellschaftliche und politische Entscheidungen mit zu beeinflussen.



Es sollte **mehr Möglichkeiten** für Bürgerinnen und Bürger geben, **sich politisch zu beteiligen**.



Angaben in Prozent. Basis: Erste Bevölkerungsbefragung der Evaluation (N = 2.008)

Abbildung 2: Aussagen der Bevölkerung zu Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung (Erste Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023)

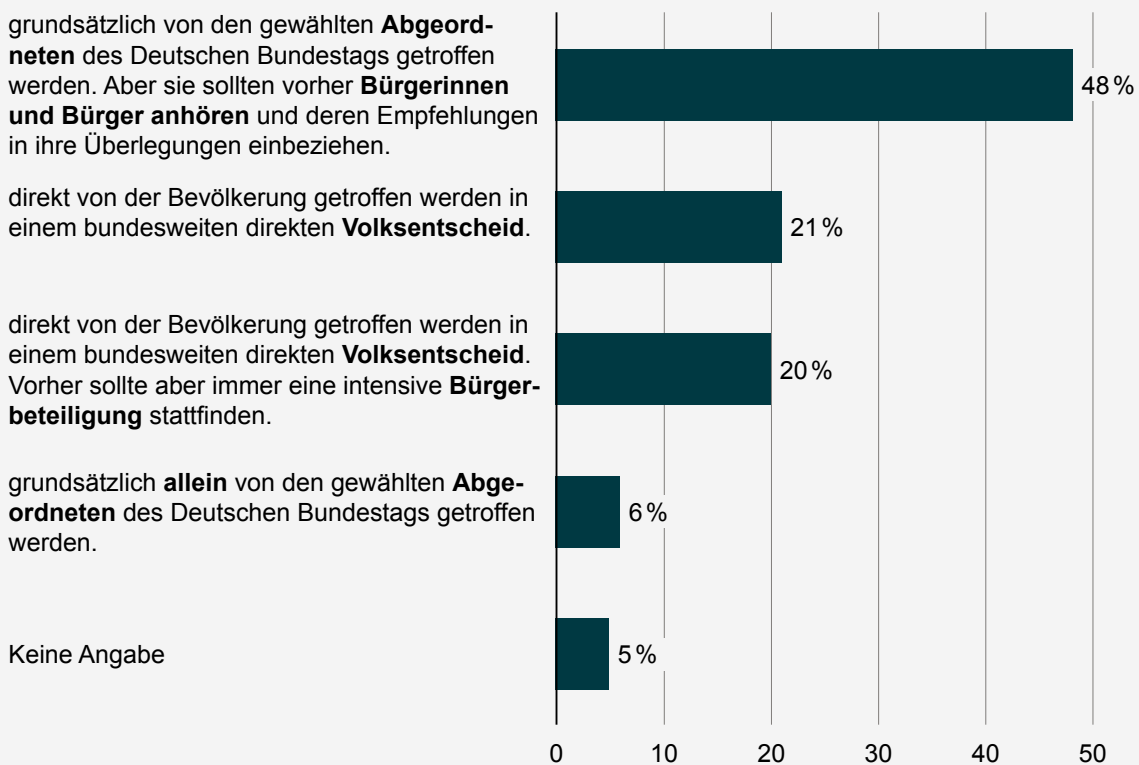
Zu diesem Meinungsbild passt auch die Einstellung vieler, dass das Volk, und nicht die Politikerinnen und Politiker, die wichtigsten politischen Entscheidungen treffen sollte (67 Prozent Zustimmung). Auch hier ist wieder ein starker Bildungs- und Einkommenseffekt sichtbar. Menschen mit formal niedriger Bildung (76 Prozent) und niedrigem Einkommen (74 Prozent) wünschen sich dies eher als solche mit formal hoher Bildung und hohem Einkommen (beide 57 Prozent).

Dieser Wunsch nach stärkerer politischer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wurde in der Befragung noch einmal differenzierter nach dem Modell zum Demokratieverständnis von Vetter/Brettschneider (2023) betrachtet (siehe Abbildung 3). Die Befragten sollten einschätzen, ob wichtige politische Entscheidungen allein von den Abgeordneten des Bundestages getroffen werden. Das beliebteste Modell, das fast die Hälfte (48 Prozent) präferierte, besteht darin, dass die gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages zwar grundsätzlich die Entscheidungen treffen, aber vorher Bürgerinnen und Bürger anhören und deren Empfehlungen in ihre Überlegungen mit einbeziehen. Dieses Modell kommt der Idee eines Bürgerrates bereits sehr nahe, ohne dass dieses Instrument explizit benannt und abgefragt wurde. Ungefähr ein Fünftel präferiert jeweils einen Volksentscheid ohne (21 Prozent) beziehungsweise mit intensiver Bürgerbeteiligung (20 Prozent). Dass die Abgeordneten politische Entscheidungen grundsätzlich alleine treffen, wünschte sich nur sechs Prozent der Bevölkerung.

Demokratieverständnis nach Vetter/Brettschneider (2023)

Frage: Es gibt unterschiedliche Meinungen darüber, wie Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich an politischen Entscheidungen beteiligt werden sollten. Welche der Meinungen entspricht am ehesten Ihrer persönlichen Auffassung, wenn es um politische Entscheidungen in der Bundespolitik geht?

Wichtige politische Entscheidungen sollten ...



Angaben in Prozent. Basis: Erste Bevölkerungsbefragung der Evaluation (N = 2.008)

Abbildung 3: Demokratieverständnis der Bevölkerung nach Vetter/Brettschneider (2023) (Erste Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023)

Somit wird erkennbar, dass von der Bevölkerung und insbesondere von den Bevölkerungsgruppen mit niedrigem sozioökonomischem Status mehr Bürgerbeteiligung gefordert wird. Bürgerräte können ein solches Instrument sein, um Bürgerinnen und Bürgern entsprechend ihrem Wunsch die Gelegenheit zu geben, ihre Perspektiven und Empfehlungen den Abgeordneten zu präsentieren, sodass sie in politische Entscheidungen einbezogen werden können.

Das Instrument des Bürgerrates an sich ist den allermeisten Bürgerinnen und Bürgern im November/Dezember 2023 ein Begriff (71 Prozent). Die Bekanntheit des Instrumentes steigerte sich zum Februar/März 2024, als die zweite Befragungswelle durchgeführt wurde, leicht – zu diesem Zeitpunkt, drei Monate später und nach der Übergabe der Bürgerempfehlungen, haben 76 Prozent vom Konzept des Bürgerrates mindestens gehört, was einen Anstieg von fünf Prozentpunkten darstellt (siehe Abbildung 4).

Jedoch weiß zu beiden Befragungszeitpunkten nur eine kleine Minderheit von sechs Prozent genau, was ein Bürgerrat ist. Gut ein Viertel weiß ungefähr, was ein Bürgerrat ist (28 Prozent im November/Dezember 2023 und 30 Prozent im Februar/März 2024) und rund zwei Fünftel haben schon mal davon gehört, wissen aber nicht genau, was das ist (37 Prozent im November/Dezember 2023 und 40 Prozent im Februar/März 2024). Wenig überraschend kennen sich vor allem formal höher Gebildete besser mit dem Thema aus (zwölf Prozent geben im November/Dezember 2023 an, genau zu wissen, was das ist).

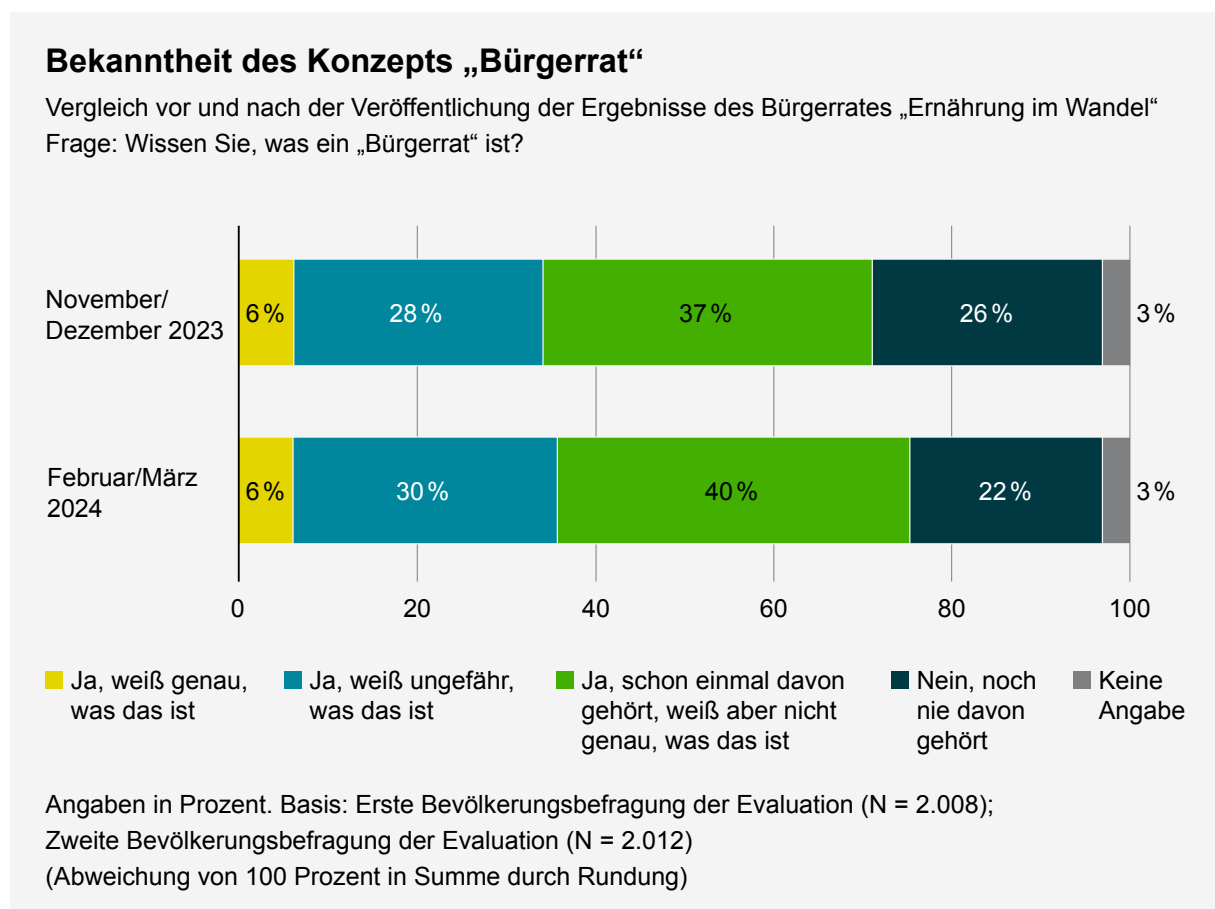


Abbildung 4: Bekanntheit des Konzeptes „Bürgerrat“ in der Bevölkerung
(Vergleich erste und zweite Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023 und Februar/März 2024)

2.2 Wissen und Einstellungen zum Bürgerrat des Deutschen Bundestages

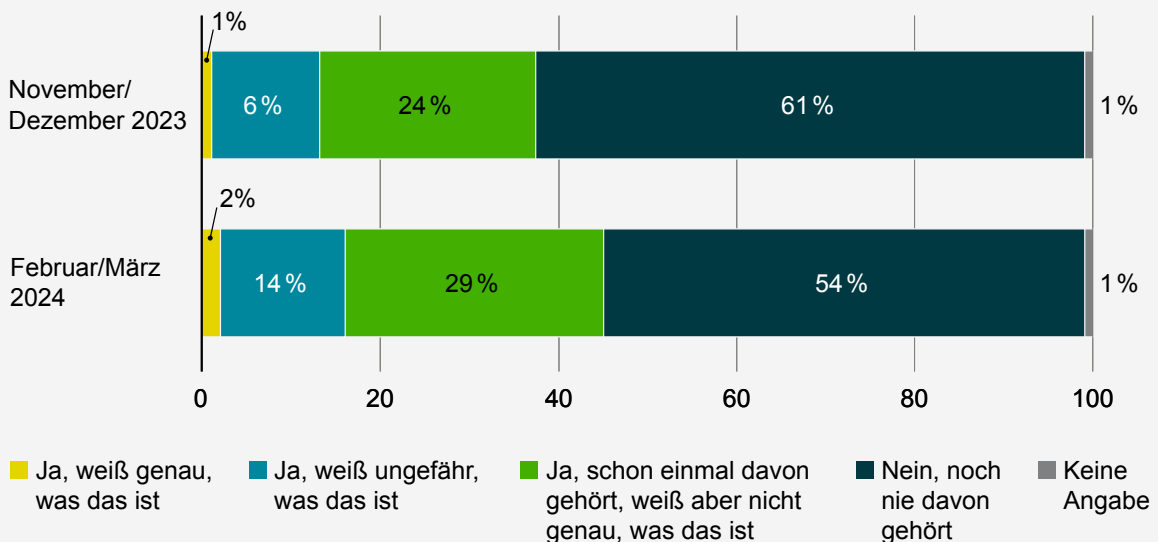
Wie zu erwarten ist der Bürgerrat, den der Deutsche Bundestag einsetzte, deutlich unbekannter als das Konzept des Bürgerrates an sich (siehe Abbildung 5). Von diesem Bürgerrat haben zum Umfragezeitpunkt Ende November bis Anfang Dezember 2023 drei Fünftel (61 Prozent) noch nie gehört, beim Konzept des Bürgerrates an sich waren dies nur 26 Prozent. Ein Viertel (24 Prozent) hat schon einmal davon gehört, ohne viel darüber zu wissen und weitere zwölf Prozent wissen etwas darüber. Nur ein Prozent der deutschen Bevölkerung sagt über sich, sie wüssten viel über den Bürgerrat des Deutschen Bundestages. Auch hier gibt es wieder einen starken Bildungseffekt. Während 71 Prozent der Personen mit formal niedriger Bildung noch nichts vom Bürgerrat gehört haben, sagen dies nur 50 Prozent der Personen mit formal hoher Bildung von sich.

Zum zweiten Umfragezeitpunkt Februar/März 2024, nach der Übergabe des Bürgergutachtens, wissen etwas mehr Menschen über den Bürgerrat des Deutschen Bundestages Bescheid. Nur noch gut die Hälfte (54 Prozent) hat noch nie vom Bürgerrat gehört, das heißt die Bekanntheit des Bürgerrates ist um sieben Prozentpunkte gestiegen. Weiterhin kennen sich jedoch nur sehr wenige gut damit aus und wissen viel darüber (zwei Prozent statt vorher ein Prozent). Ähnlich viele Personen sagen, sie wüssten etwas über den Bürgerrat (14 Prozent statt vorher zwölf Prozent). Der deutlichste Anstieg ist bei den Personen zu verzeichnen, die schon einmal vom Bürgerrat gehört haben, aber nicht viel darüber wissen (29 Prozent statt vorher 24 Prozent). Die Verzerrung nach Bildung reduzierte sich deutlich. So führte die Berichterstattung rund um die Übergabe der Empfehlungen vor allem bei niedrig gebildeten Personen zu einem Wissenszuwachs: Nur noch 60 Prozent der formal niedrig Gebildeten haben im Februar/März 2024 noch nichts vom Bürgerrat gehört, gegenüber 71 Prozent im November/Dezember. Bei Personen mit formal hoher Bildung änderte sich die Bekanntheit jedoch praktisch nicht, in dieser Gruppe hat weiterhin rund die Hälfte der Befragten noch nichts vom Bürgerrat gehört (53 Prozent statt vorher 50 Prozent).

Da man bei Fragen nach Bekanntheit davon ausgehen kann, dass sowohl Verwechslungen als auch soziale Erwünschtheit eine Rolle spielen und die Ergebnisse beeinflussen können, gab es weitere Nachfragen zur Prüfung des Bekanntheitsgrades des Bürgerrates.

Bekanntheit des Bürgerrates des Deutschen Bundestages

Vergleich vor und nach der Veröffentlichung der Ergebnisse des Bürgerrates „Ernährung im Wandel“
Frage: Haben Sie schon einmal von dem Bürgerrat des Deutschen Bundestages gehört?



Angaben in Prozent. Basis: Erste Bevölkerungsbefragung der Evaluation (N = 2.008);
Zweite Bevölkerungsbefragung der Evaluation (N = 2.012)
(Abweichung von 100 Prozent in Summe durch Rundung)

Abbildung 5: Bekanntheit des Bürgerrates des Deutschen Bundestages in der Bevölkerung
(Vergleich erste und zweite Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023 und Februar/März 2024)

Deshalb folgte an die Personen, die mindestens vom Bürgerrat des Deutschen Bundestages gehört hatten, eine Frage nach dem vom Bürgerrat behandelten Thema (siehe Abbildung 6). Hier änderte sich zwischen November/Dezember 2023 und Februar/März 2024 praktisch nichts an den Ergebnissen. Nur 14 (November/Dezember 2023) beziehungsweise 15 Prozent (Februar/März 2024) können korrekt angeben, dass der Bürgerrat sich mit dem Thema Ernährung befasst. Sogar etwas mehr Menschen gehen davon aus, dass der Bürgerrat das Thema Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit behandle (18 Prozent im November/Dezember 2023, 16 Prozent im Februar/März 2024). Der größte Anteil von über der Hälfte (53 Prozent im November/Dezember 2023, 54 Prozent im Februar/März 2024) kann hier jedoch keine Angabe machen und gibt „weiß nicht“ an. Wieder wissen vor allem Menschen mit hoher Bildung besser über den Bürgerrat Bescheid, hier wählen knapp ein Viertel (22 Prozent beziehungsweise 24 Prozent) das Thema Ernährung richtigerweise aus. Auch Männer haben sich scheinbar intensiver mit dem Bürgerrat befasst als Frauen. 18 Prozent wählen das Thema Ernährung, gegenüber nur acht (November/Dezember 2023) beziehungsweise zwölf Prozent (Februar/März 2024) der Frauen. Analog zur politikwissenschaftlichen Literatur, in der schon lange bekannt ist, dass Männer sich mehr mit Politik beschäftigen, bezeichnen sich die Männer auch in dieser Befragung als politisch deutlich interessierter. Auf der anderen Seite ist das Thema Ernährung, wie im nächsten Abschnitt dargestellt, eher ein weibliches Thema. Personen, die sich vegetarisch oder vegan ernähren, wissen etwas häufiger (21 Prozent beziehungsweise 19 Prozent), dass sich der Bürgerrat mit

dem Thema Ernährung befasst als solche, die sich omnivor (also auch mit Fleisch) ernähren (13 Prozent beziehungsweise zwölf Prozent).

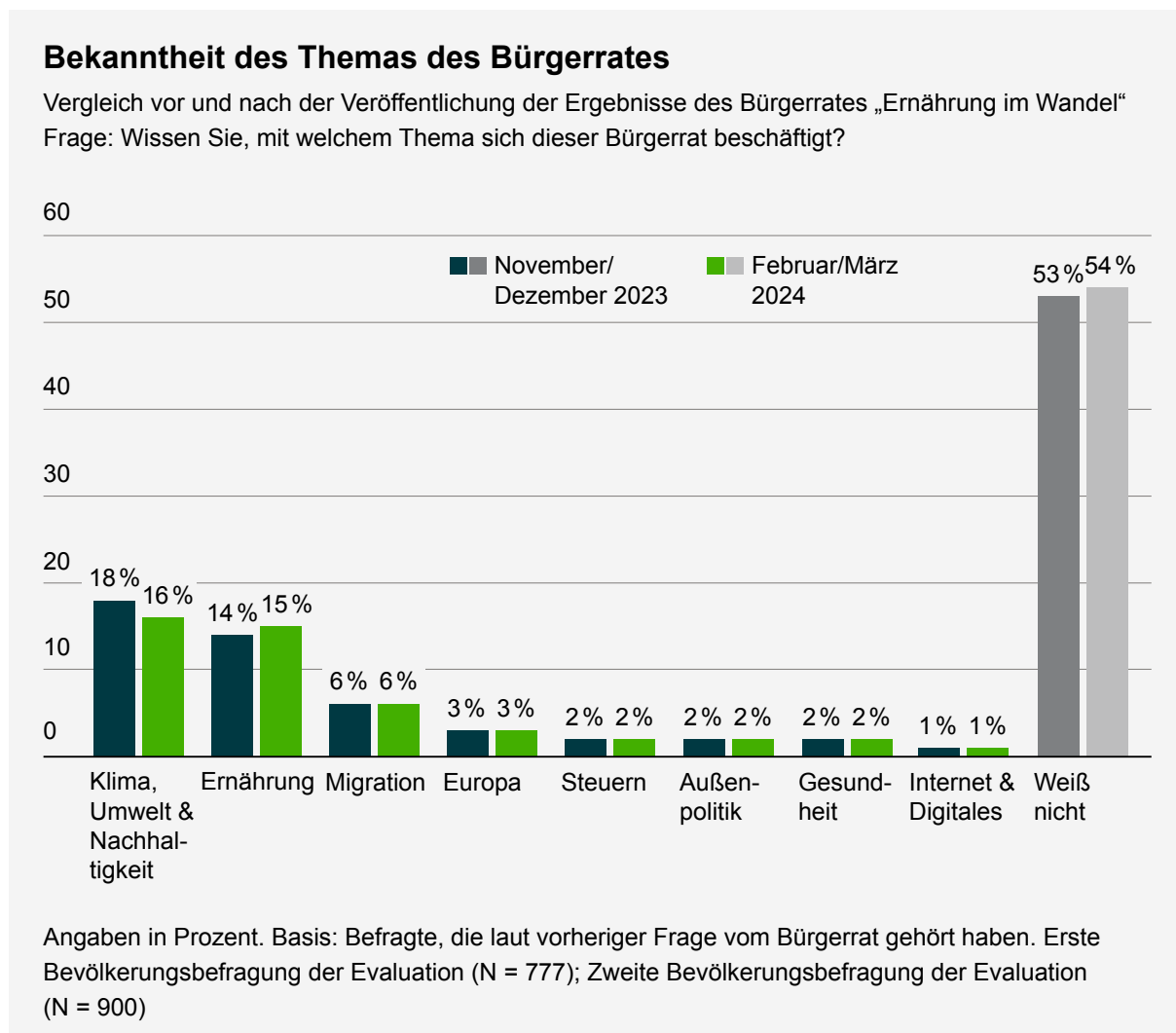


Abbildung 6: Bekanntheit des Themas des Bürgerrates in der Bevölkerung (Vergleich erste und zweite Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023 und Februar/März 2024)

Um weiterhin abzuschätzen, in welcher Detailtiefe und über welche Aspekte die Bürgerinnen und Bürger bereits Wissen über den Bürgerrat sammelten, folgte an die Befragten, die bereits vom Bürgerrat gehört hatten, eine offene Frage darüber, inwiefern sich der Einzelne an Inhalte des Bürgerrates erinnern konnte. Ein Großteil gab bei dieser offenen Frage jedoch keine Antwort (69 Prozent im November/Dezember 2023 beziehungsweise 78 Prozent im Februar/März 2024 „weiß nicht“ oder „keine Angabe“). Neun Prozent wussten über die Grundidee des Bürgerrates Bescheid, also beispielsweise, dass Bürgerinnen und Bürger zusammenkommen, um Empfehlungen für die Politik auszuarbeiten. Auch über die Zusammensetzung des Bürgerrates wussten neun Prozent (November/Dezember 2023) beziehungsweise sieben Prozent (Februar/März 2024) grob Bescheid, also, dass er zufällig und repräsentativ ausgelost wurde. Mehr über das Thema konnten fünf Prozent wiedergeben. Nur über die Einsetzung des Bürger-

rates ohne weitere Einzelheiten wussten fünf Prozent Bescheid. Im Februar/März 2024 wurden auch die Empfehlungen von einigen wenigen Befragten angesprochen, hier bewegte sich der Prozentsatz jedoch im geringen einstelligen Bereich. Auch hier ist wieder festzuhalten, dass zu beiden Untersuchungszeitpunkten wenig Wissen in der Bevölkerung zum Bürgerrat Ernährung vorhanden war.

Ungeachtet der eher geringen Bekanntheit und des oberflächlichen Wissens zum Bürgerrat findet zu beiden Untersuchungszeitpunkten eine große Mehrheit von vier Fünfteln (79 Prozent im November/Dezember 2023 und 81 Prozent im Februar/März 2024), dass es eine sehr gute oder gute Idee war, den Bürgerrat einzusetzen (siehe Abbildung 7). Diese Einschätzung zieht sich quer durch alle Bevölkerungsgruppen, unabhängig von Alter, Bildung, Einkommen, Wohnort oder politischem Vertrauen.

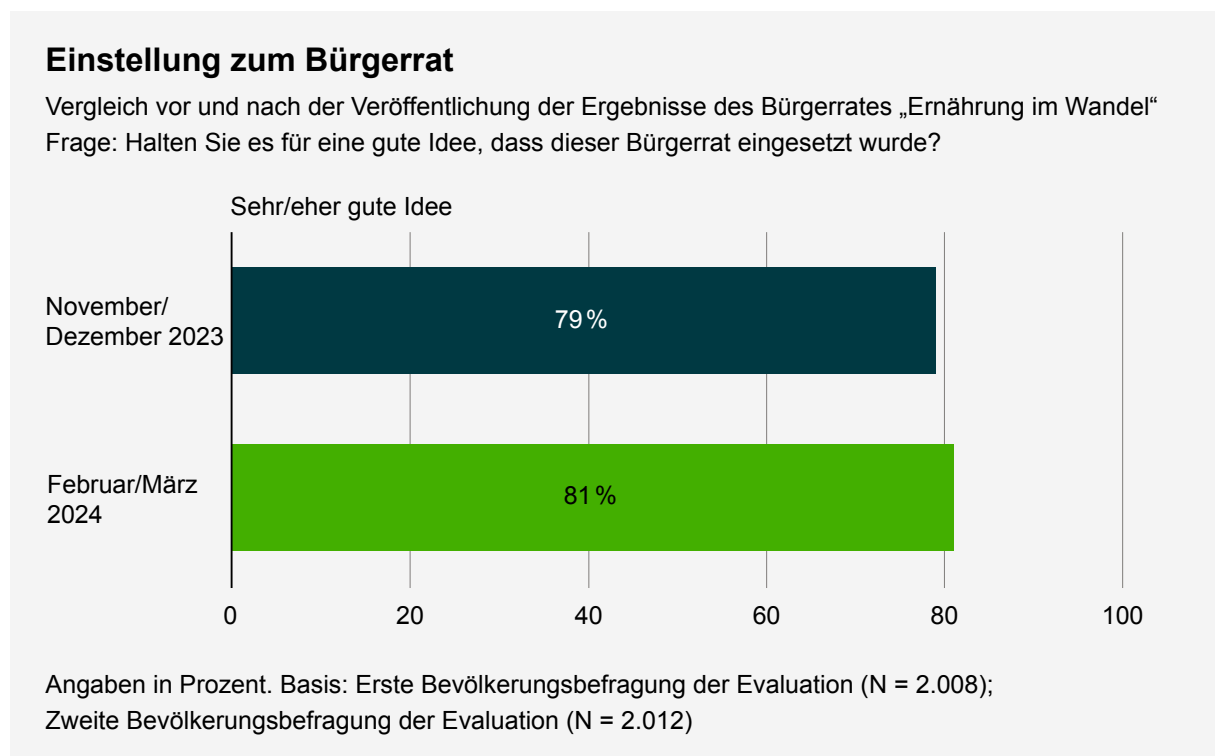


Abbildung 7: Einstellung der Bevölkerung zum Bürgerrat
(Vergleich erste und zweite Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023 und Februar/März 2024)

Entsprechend empfiehlt die Bevölkerung zu beiden Untersuchungszeitpunkten fast einhellig mit 88 Prozent Zustimmung, dass das Parlament die Empfehlungen des Bürgerrates intensiv beraten und in seine Entscheidungen einbeziehen solle. Gleichzeitig bezweifeln jedoch viele, ob das tatsächlich stattfinden wird. Nur rund die Hälfte der Befragten (48 Prozent im November/Dezember 2023 beziehungsweise 46 Prozent im Februar/März 2024) glaubt, der Bürgerrat habe eine realistische Chance, tatsächlich Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Fast ebenso viele (46 Prozent beziehungsweise 47 Prozent) glauben nicht daran. Diese Einschätzung zieht sich tendenziell durch alle Bevölkerungsgruppen, allein Männer und Menschen mit höherem Einkommen zeigen sich etwas pessimistischer als der Durchschnitt.

Die empfundene Legitimität des Bürgerrates des Deutschen Bundestages ist in der Bevölkerung jedoch groß. So glauben 70 (November/Dezember 2023) beziehungsweise 74 Prozent (Februar/März 2024) der Befragten, der Bürgerrat bilde eine Vielzahl an Sichtweisen in der deutschen Bevölkerung ab. Nur 19 beziehungsweise 17 Prozent sind gegenteiliger Meinung, der Rest legt sich nicht fest. Außerdem glaubt mit 58 beziehungsweise 59 Prozent die Mehrheit, dass der Bürgerrat neutral und unvoreingenommen sei. 29 Prozent sind anderer Meinung. Besonders skeptisch ist hier die jüngste Altersgruppe zwischen 16 und 29 Jahren, von denen nur 44 beziehungsweise 48 Prozent an die Neutralität des Bürgerrates glauben, gegenüber 64 beziehungsweise 66 Prozent in der Altersgruppe 65 Jahre und darüber. Nach Ernährungsweise lassen sich keine signifikanten Unterschiede feststellen (siehe Abbildung 8).

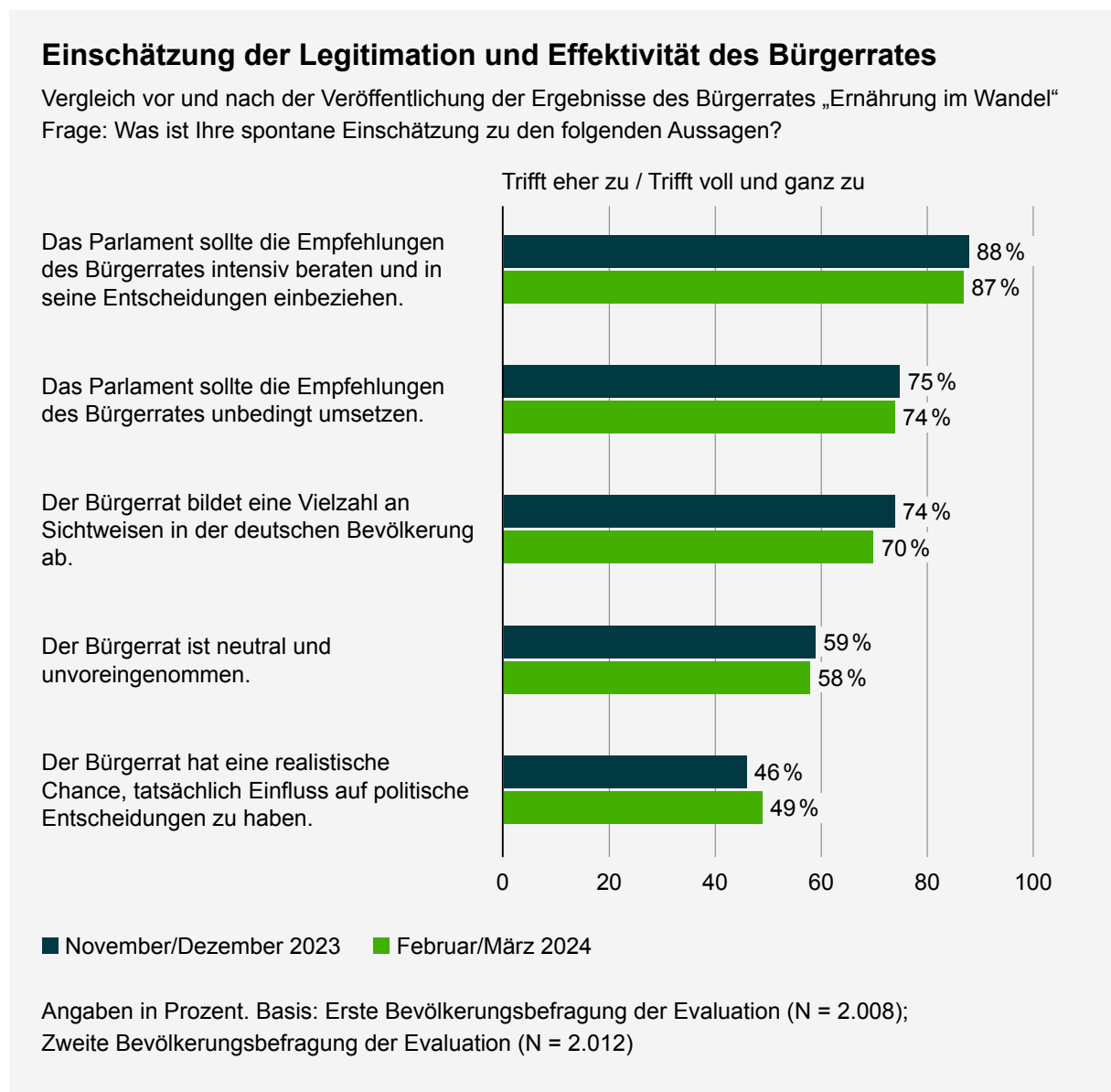
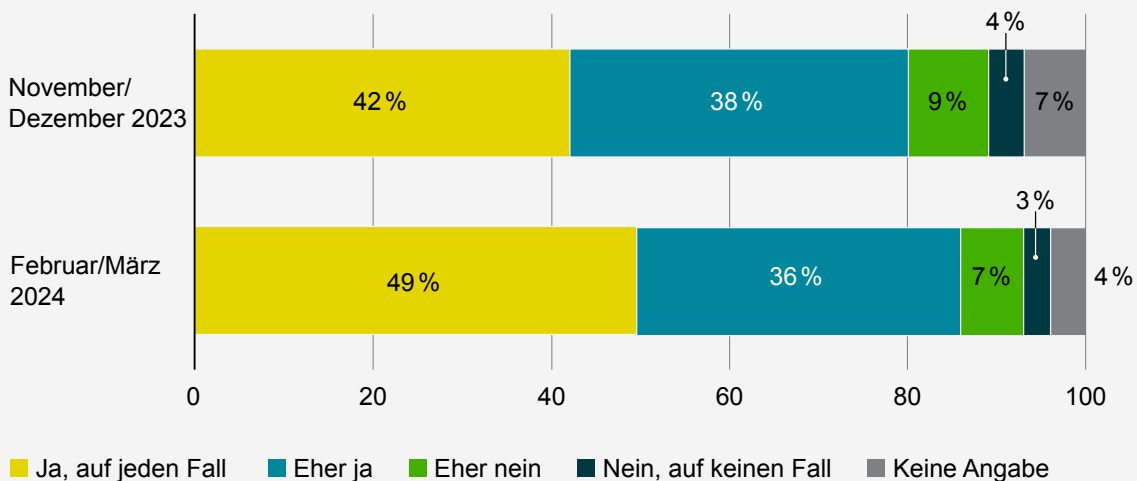


Abbildung 8: Einschätzung der Bevölkerung zur Legitimation und Effektivität des Bürgerrates (Vergleich erste und zweite Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023 und Februar/März 2024)

Empfehlung zur Fortführung von Bürgerräten

Vergleich vor und nach der Veröffentlichung der Ergebnisse des Bürgerrates „Ernährung im Wandel“
Frage: Sollte der Deutsche Bundestag in Zukunft weitere Bürgerräte auch zu anderen Themen einberufen?



Angaben in Prozent. Basis: Erste Bevölkerungsbefragung der Evaluation (N = 2.008);
Zweite Bevölkerungsbefragung der Evaluation (N = 2.012)
(Abweichung von 100 Prozent in Summe durch Rundung)

Abbildung 9: Empfehlung der Bevölkerung zur Fortführung von Bürgerräten
(Vergleich erste und zweite Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023 und Februar/März 2024)

Entsprechend dieser hohen Erwartungen und positiven Einstellungen an den Bürgerrat Ernährung empfehlen schließlich auch vier Fünftel der Befragten (80 Prozent), im Februar/ März 2024 sogar noch etwas mehr (85 Prozent), dass der Deutsche Bundestag in Zukunft weitere Bürgerräte auch zu anderen Themen einberuft. Nur 13 (November/Dezember 2023) beziehungsweise zehn Prozent (Februar/März 2024) sind gegen weitere Bürgerräte (siehe Abbildung 9). Interessant ist dabei, dass vor allem Befragte mit einem geringen Vertrauen in Politik und Demokratie sich in der Zukunft ganz besonders weitere Bürgerräte wünschen. Hier wünscht sich im November/ Dezember 2023 fast die Hälfte (48 Prozent) „auf jeden Fall“ weitere Bürgerräte, während es bei den Personen mit einem hohen Vertrauen nur ein gutes Drittel sind (35 Prozent).

Die Bevölkerungsbefragung aus dem Februar/März 2024 schloss daran mit der Frage an, ob sich die Befragten selbst vorstellen könnten, an einem Bürgerrat des Deutschen Bundestages teilzunehmen (siehe Abbildung 10). Etwas mehr als die Hälfte (55 Prozent) zeigt sich dafür offen. Nur zwei Fünftel (40 Prozent) haben (eher) kein Interesse an einer Teilnahme bei einem Bürgerrat, sollten sie ausgelost und eingeladen werden. Wenig überraschend können sich vor allem formal höher gebildete Befragte eine Teilnahme vorstellen (63 Prozent gegenüber 47 Prozent bei formal niedrig Gebildeten). Eine noch stärkere Verzerrung ist bei Personen mit einem hohen Haushaltsnettoeinkommen von 4.000€ und mehr zu beobachten, wo 72 Prozent gerne

teilnehmen würden. Bei Geringverdienenden mit einem Haushaltsnettoeinkommen von bis zu 2.500€ trifft dies nur auf 50 Prozent zu.

Auch Männer (60 Prozent) sind eher an einer eigenen Teilnahme an einem Bürgerrat des Deutschen Bundestages interessiert als Frauen (51 Prozent). Betrachtet man die Altersgruppen, fällt auf, dass interessanterweise vor allem die mittlere Altersgruppe von 30 bis 49 Jahren am ehesten an einer Teilnahme interessiert ist (61 Prozent), auch die Altersgruppen von 16 bis 29 Jahren und 50 bis 64 Jahren (jeweils 57 Prozent) können sich eine Teilnahme mehrheitlich gut vorstellen. Die älteste Altersgruppe im Alter von 65 Jahren oder älter, die mutmaßlich am ehesten Zeit für eine solche Beteiligung hätte, ist mit Abstand am geneigtesten – hier sind nur 45 Prozent offen für eine Teilnahme an einem Bürgerrat des Deutschen Bundestag.

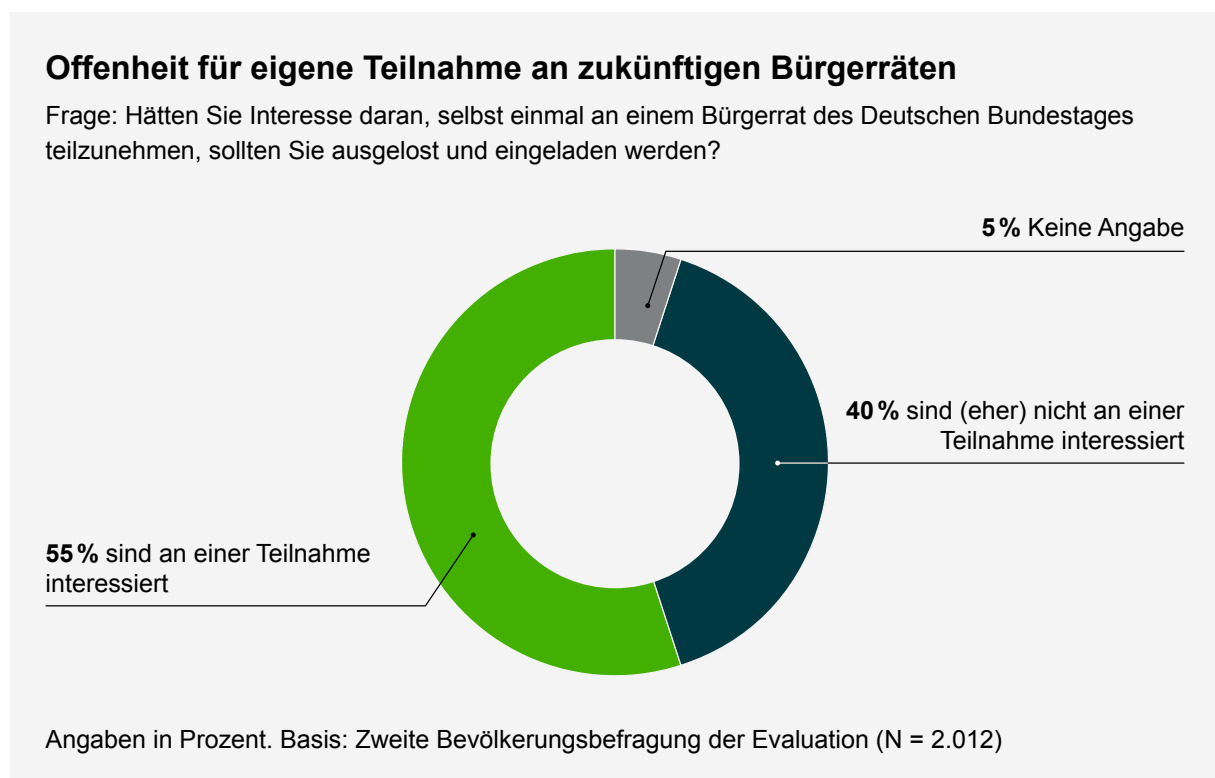


Abbildung 10: Offenheit der Bevölkerung für eine eigene Teilnahme an zukünftigen Bürgerräten (Zweite Bevölkerungsbefragung, Februar/März 2024)

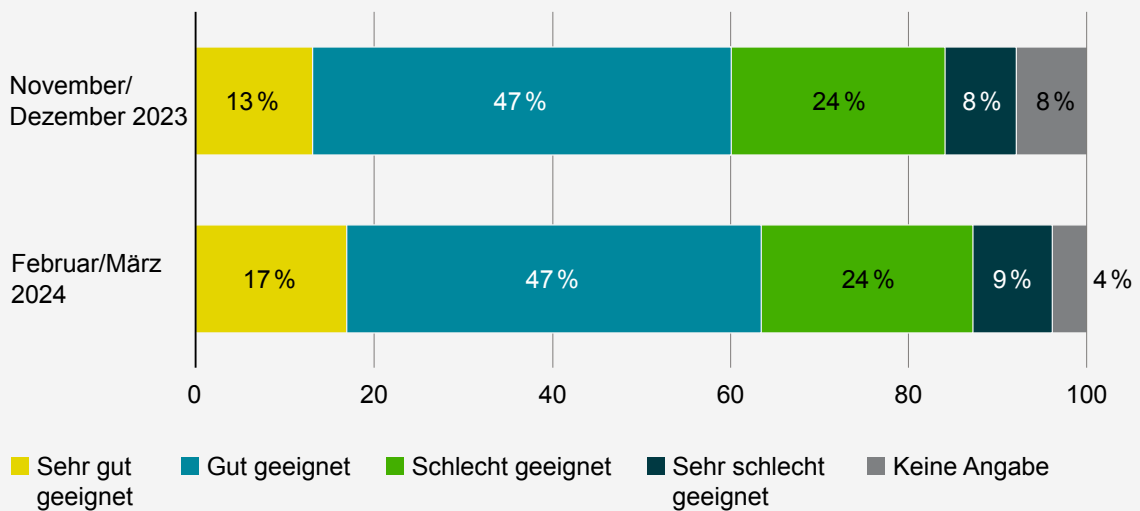
2.3 Bewertung des Themas Ernährung im Kontext des Bürgerrates

Der Bereich Ernährung ist in der Allgemeinbevölkerung ein vergleichsweise wichtiges Thema, mit dem man sich persönlich beschäftigt. 86 Prozent der Befragten halten dieses Thema im November/ Dezember 2023 für sehr wichtig oder wichtig. Für Frauen ist Ernährung ein besonders zentrales Thema – 45 Prozent halten es für sehr wichtig, gegenüber 30 Prozent der Männer. Wenig überraschend ist es auch für vegan und vegetarisch lebende Menschen von größerer Wichtigkeit (92 Prozent) als für die omnivor lebende Bevölkerung (82 Prozent). Auch im Vergleich mit anderen Themen wie Sport, Technik, Natur, Kultur, Politik und Beruf genießt Ernährung damit einen hohen Stellenwert. Einzig das Thema Gesundheit ist der Bevölkerung noch wichtiger – 94 Prozent halten es für ein wichtiges Thema und etwa drei Fünftel (61 Prozent) sogar für sehr wichtig.

Der Bereich Ernährung ist für den Großteil der Bevölkerung also überaus relevant, jedoch stellt sich die Frage, ob es auch im Rahmen des Bürgerrates ein geeignetes Thema ist. Dem stimmt mit 60 (November/Dezember 2023) beziehungsweise 64 Prozent (Februar/März 2024) in beiden Befragungen eine deutliche Mehrheit zu, nur ein Drittel (32 Prozent beziehungsweise 33 Prozent) hält es für ungeeignet (siehe Abbildung 11). Dabei halten es insbesondere vegan und vegetarisch lebende Befragte für ein geeignetes Thema (75 Prozent im November/Dezember 2023), während Personen, die sich omnivor ernähren, ambivalenter sind (54 Prozent im November/Dezember 2023).

Eignung des Themas Ernährung für den Bürgerrat

Vergleich vor und nach der Veröffentlichung der Ergebnisse des Bürgerrates „Ernährung im Wandel“
Frage: Ist das Thema „Ernährung“ Ihrer Meinung nach ein geeignetes Thema für einen Bürgerrat, um Empfehlungen für die Politik zu erarbeiten?



Angaben in Prozent. Basis: Erste Bevölkerungsbefragung der Evaluation (N = 2.008);
Zweite Bevölkerungsbefragung der Evaluation (N = 2.012)
(Abweichung von 100 Prozent in Summe durch Rundung)

Abbildung 11: Eignung des Themas Ernährung für den Bürgerrat aus Sicht der Bevölkerung
(Vergleich erste und zweite Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023 und Februar/März 2024)

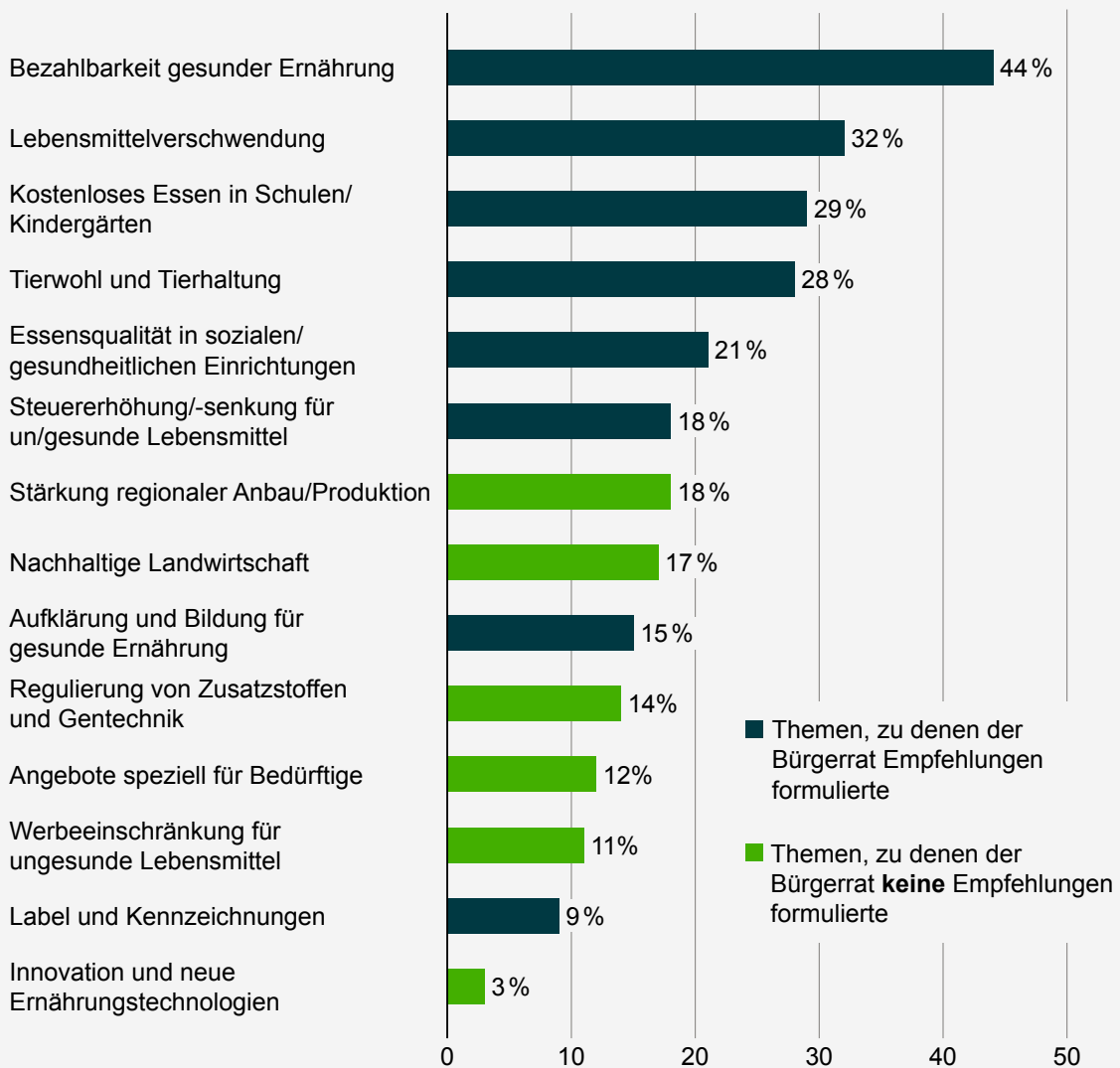
Der Bürgerrat befasste sich intensiv mit verschiedenen Subthemen im Bereich Ernährung und fokussierte sich im Laufe seiner Beratungen auf eine Auswahl von Unterthemen. Die Bevölkerungsbefragung im November/Dezember 2023 testete, inwiefern diese Priorisierung im Bürgerrat auch die Prioritäten in der Bevölkerung widerspiegelt. Hierzu wurde den Befragten eine Reihe an Ernährungsthemen vorgelegt, aus denen sie die drei wichtigsten auswählen konnten.

Das mit Abstand am häufigsten gewählte Thema war die Bezahlbarkeit gesunder Ernährung, das 44 Prozent befürworteten. Wenig überraschend war, dass das Thema Bezahlbarkeit insbesondere für Bevölkerungsgruppen mit niedriger Bildung und niedrigem Einkommen ein wichtiges Thema war. Am zweitwichtigsten war das Thema Lebensmittelverschwendung (32 Prozent), darauf folgten kostenloses Essen in Schulen und Kindergärten (29 Prozent), Tierwohl/Tierhaltung (28 Prozent) und Essensqualität in sozialen/gesundheitlichen Einrichtungen (21 Prozent). Weitere vergleichsweise populäre Themen waren Steuersenkungen für gesunde beziehungsweise Steuererhöhungen für ungesunde Lebensmittel (18 Prozent), die Stärkung regionalen Anbaus/Produktion (18 Prozent), nachhaltige Landwirtschaft (17 Prozent), Aufklärung und Bildung für gesunde Ernährung (15 Prozent), Regulierung von Zusatzstoffen und Gentechnik (14 Prozent), Angebote speziell für Bedürftige (zwölf Prozent) und Werbebeschränkungen für ungesunde Lebensmittel (elf Prozent) (siehe Abbildung 12).

Vergleicht man diese Priorisierung von Themen durch die Bevölkerung mit den finalen Empfehlungen des Bürgerrates, so zeigt sich eine weitgehende Übereinstimmung, wenn es um die wichtigsten Themen wie Bezahlbarkeit, Lebensmittelverschwendung, Tierwohl und Essensqualität in sozialen und gesundheitlichen Einrichtungen geht. Bei den Themen, die unter einem Fünftel der Bevölkerung wichtig sind, finden sich jedoch auch andere Prioritäten. Beispielsweise spielt das im Bürgerrat recht prominente Thema ‚Label und Kennzeichnungen‘ in der Bevölkerung nur eine sehr geringe Rolle (neun Prozent).

Wichtigkeit von Unterthemen von Ernährung im Vergleich mit den Empfehlungen des Bürgerrates „Ernährung im Wandel“

Frage: Welche der folgenden Themen und Bereiche im Feld Ernährung halten Sie für besonders wichtig? Mit welchen sollte sich der Bürgerrat unbedingt beschäftigen?



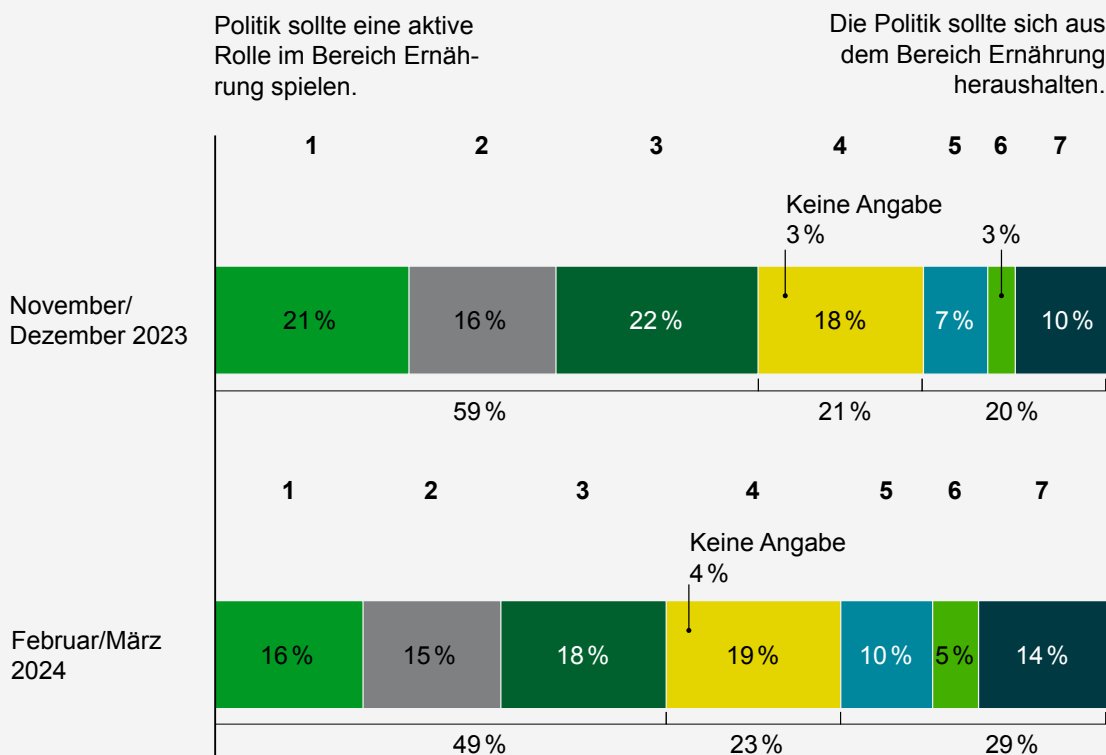
Angaben in Prozent. Mehrfachnennung möglich. Basis: Erste Bevölkerungsbefragung der Evaluation (N = 2.008)

Abbildung 12: Bewertung der Bevölkerung zur Wichtigkeit der Unterthemen von Ernährung im Vergleich mit den Empfehlungen des Bürgerrates „Ernährung im Wandel“ (Erste Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023)

Der Bürgerrat stand in seinen Beratungen und bei der Festlegung von Empfehlungen vor der Frage, ob staatliche Eingriffe empfohlen werden sollen, oder ob der Staat sich eher aus dem Bereich Ernährung heraushalten soll (siehe Abbildung 13). Die Bevölkerung positioniert sich hier eher für staatliche Eingriffe, jedoch ist auffällig, dass die Befürwortung von staatlicher Aktivität innerhalb der drei Monate zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten November/ Dezember 2023 und Februar/März 2024 deutlich abnimmt. Während Ende 2023 noch 59 Prozent finden, die Politik sollte eine mehr oder weniger aktive Rolle im Bereich Ernährung spielen (Auswahl der Werte 1-3 auf einer Skala von 1-7), trifft dies im Februar/März 2024 nur noch auf 49 Prozent zu. Dies entspricht einem Rückgang von zehn Prozentpunkten, jedoch bleiben die Befürworterinnen und Befürworter staatlicher Eingriffe im Vergleich deutlich in der Überzahl. So sind nur 20 Prozent im November/Dezember 2023 und 29 Prozent im Februar/ März 2024 der Ansicht, die Politik sollte sich heraushalten (Werte 5-7). Der Rest ist unentschieden oder positioniert sich nicht. Befragte, die sich vegan oder vegetarisch ernähren, sind offener für eine aktive Rolle des Staates (77 Prozent im November/Dezember 2023 beziehungsweise 67 Prozent in Februar/ März 2024 versus 54 Prozent/42 Prozent der omnivoren Befragten).

Aktive Rolle der Politik oder Ernährung als Privatsache

Vergleich vor und nach der Veröffentlichung der Ergebnisse des Bürgerrates „Ernährung im Wandel“
Frage: Auf einer Skala von eins bis sieben, glauben Sie, dass die Politik im Themenfeld Ernährung Maßnahmen ergreifen sollte, z. B. um Gesundheit, Bezahlbarkeit, Tierwohl oder Landwirtschaft zu fördern, oder sich eher heraushalten und Ernährung als Privatsache der Bürgerinnen und Bürger behandeln sollte?



Angaben in Prozent. Basis: Erste Bevölkerungsbefragung der Evaluation (N = 2.008);
Zweite Bevölkerungsbefragung der Evaluation (N = 2.012)
(Abweichung von 100 Prozent in Summe durch Rundung)

Abbildung 13: Einschätzung der Bevölkerung: Aktive Rolle der Politik oder Ernährung als Privatsache? (Vergleich erste und zweite Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023 und Februar/März 2024)

In der Befragung vom November/Dezember 2023 wurde weiter quantifiziert, welche Art von staatlichen Maßnahmen am ehesten in der Bevölkerung Anklang finden. Dabei zeigt sich, dass vor allem (finanzielle) Förderung, von der die Bürgerinnen und Bürger direkt profitieren, populär ist. Mit knapp der Hälfte sind 48 Prozent dafür, gesunde Ernährung finanziell zu fördern. Ähnlich viele sind der Ansicht, der Staat solle mehr für Bildung und Aufklärung im Bereich Ernährung tun (46 Prozent). Weitere 41 Prozent sind der Auffassung, der Staat solle gezielt Bedürftige finanziell unterstützen, damit sie sich gesunde Ernährung leisten können. Die weiteren Maßnahmen genießen deutlich geringere Unterstützung. Rund ein Viertel (26 Prozent) ist der Ansicht, ungesunde Lebensmittel sollten stärker besteuert werden; zwölf Prozent finden gar, sie sollten komplett verboten werden.

Bildung und Aufklärung sind besonders populär bei höher gebildeten Befragten (58 Prozent versus 38 Prozent niedrige Bildung), während Befragte mit niedriger Bildung sich eher für finanzielle Förderung für Bedürftige aussprechen (51 Prozent versus 34 Prozent). Ähnliche Muster zeigen sich erwartungsgemäß beim Einkommen.

Bei der Durchführung der Bevölkerungsbefragung im Februar/ März 2024 waren die Empfehlungen des Bürgerrates bereits publiziert (14. Januar 2024) und der Bundestagspräsidentin sowie Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen im Deutschen Bundestag übergeben (20. Februar 2024). Entsprechend konnten diese in der Befragung thematisiert werden.

Zum Zeitpunkt der Feldarbeit kurz nach der offiziellen Übergabe der Empfehlungen im Februar 2024 hatten gut zwei Fünftel (43 Prozent) der Personen, die den Bürgerrat kannten, mindestens von den Empfehlungen gehört. Hochgerechnet auf alle Befragten – also auch diejenigen, die noch nie vom Bürgerrat gehört hatten – entspricht dies knapp einem Fünftel der Bevölkerung (19 Prozent). Die wenigsten beschäftigten sich jedoch intensiver mit den Empfehlungen, nur ein Prozent aller Befragten wusste viel darüber, fünf Prozent wussten zumindest etwas darüber (siehe Abbildung 14).

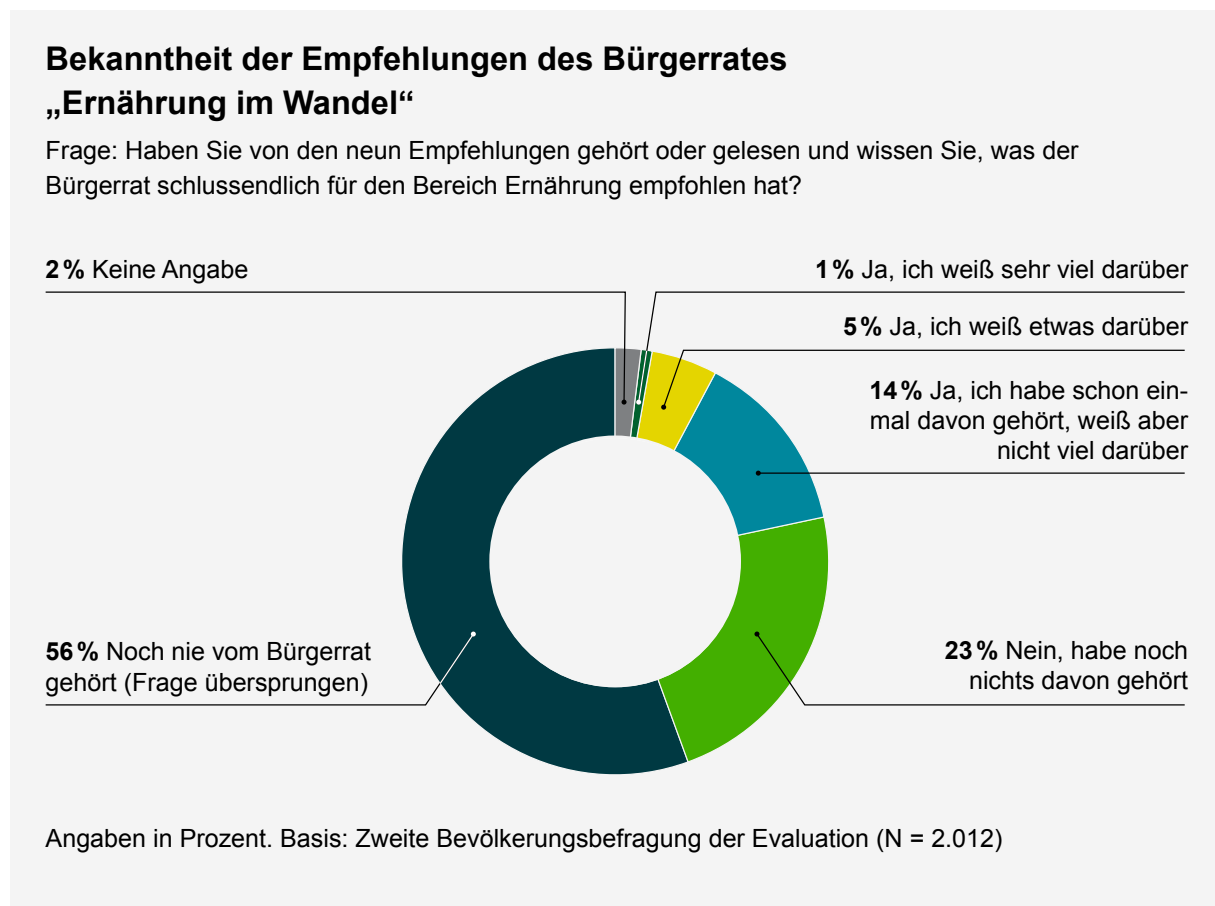


Abbildung 14: Bekanntheit der Empfehlungen des Bürgerrates „Ernährung im Wandel“ in der Bevölkerung (Zweite Bevölkerungsbefragung, Februar/März 2024)

Wird geprüft, inwieweit die Bevölkerung die Empfehlungen des Bürgerrates unterstützt, zeigt sich bei allen neun Empfehlungen eine breite und teilweise sehr hohe Zustimmung (siehe Abbildung 15). Die verpflichtende Weitergabe abgelaufener, noch genießbarer Lebensmittel (94 Prozent) und die gesunde, ausgewogene und individuell angepasste Gemeinschaftsverpflegung (93 Prozent) werden von der Bevölkerung nahezu einhellig unterstützt, hier gibt es nur sehr wenige Gegenstimmen (jeweils rund fünf Prozent). Auch der Einsatz von mehr Personal und besserer Transparenz bei Lebensmittelkontrollen (91 Prozent) sowie die Bereitstellung eines kostenfreien und gesunden Mittagessens in Kitas und Schulen (88 Prozent) werden von rund neun von zehn Befragten unterstützt. Die Altersgrenze von 16 Jahren für Energydrinks befürworten 86 Prozent der Befragten, ebenso die Einführung eines Tierwohllabels. Auch ein allgemeineres Label, das Tierwohl-, Klima- und Gesundheitsaspekte zusammenfasst, wird von vier Fünfteln unterstützt (81 Prozent). Fiskalische Maßnahmen, die der Bürgerrat vorschlägt, sind zwar im Vergleich mit den anderen Empfehlungen etwas unbeliebter, werden aber trotzdem noch von einer sehr deutlichen Mehrheit befürwortet. So stimmen 83 Prozent der Verringerung der Mehrwertsteuer für gesunde und Bio-Lebensmittel zu und rund drei Viertel (74 Prozent) unterstützen die Forderung nach einer Tierwohlabgabe. Insgesamt lässt sich also beobachten, dass die Forderungen des Bürgerrates in der Bevölkerung sehr anschlussfähig sind und breit unterstützt werden.

Bewertung der Empfehlungen des Bürgerrates „Ernährung im Wandel“

Frage: Bitte sagen Sie uns, inwieweit Sie die neun Empfehlungen des Bürgerrates „Ernährung im Wandel“ unterstützen und ihnen zustimmen.



Angaben in Prozent. Basis: Zweite Bevölkerungsbefragung der Evaluation (N = 2.012)

Abbildung 15: Bewertung der Empfehlungen des Bürgerrates „Ernährung im Wandel“ durch die Bevölkerung (Zweite Bevölkerungsbefragung, Februar/März 2024)

2.4 Schlussfolgerungen

Insgesamt sind in der Bevölkerung eine zunehmende Politikskepsis und Distanz zum politischen System zu beobachten. Der Demokratie und ihren Institutionen wird in der Mehrheit weniger vertraut. Dementsprechend stark geteilt wird der Wunsch nach mehr Einbezug der Perspektiven von Bürgerinnen und Bürgern und mehr Möglichkeiten für Bürgerbeteiligung. Bürgerräte als deliberatives Instrument können angesichts dieser Gemengelage in die partizipative Leerstelle stoßen, die von den Bürgerinnen und Bürgern zurzeit empfunden wird.

Dass Bürgerräte tatsächlich für den überwiegenden Großteil der Bevölkerung ein attraktives Modell sind, wird in beiden Bevölkerungsbefragungen deutlich. Vom Konzept an sich haben die meisten schon einmal gehört und obwohl der vom Deutschen Bundestag eingesetzte Bürgerrat Ernährung sowohl im November/Dezember 2023 als auch im Februar/März 2024 einer (knappen) Mehrheit unbekannt ist, wird er zu beiden Zeitpunkten wohlwollend beurteilt. Eine große Mehrheit von vier Fünfteln hält die Einsetzung des Bürgerrates für eine gute Idee, ebenso viele wünschen sich weitere Bürgerräte und sogar fast neun von zehn fordern, dass die Politik die Empfehlungen des Bürgerrates berücksichtigt. Dazu trägt bei, dass der Bürgerrat, trotz geringen Wissens darüber, von den meisten Befragten als divers und neutral eingeschätzt wird. Angesichts der geringen Bekanntheitswerte lässt sich dieses Ergebnis also eher als Vertrauensvorschluss in das Instrument Bürgerrat und seine korrekte Ein- und Umsetzung seitens der politischen Akteure interpretieren. Vor dem Hintergrund der aktuellen Politikverdrossenheit bietet das deliberative Format eine mögliche Brücke zwischen Bevölkerung und Politikschaffenden.

Viel wird jedoch auch davon abhängen, welche Wirkung der Bürgerrat Ernährung im politischen Prozess entfaltet. Die befragten Bürgerinnen und Bürger sind sich uneins darüber, ob der Bürgerrat tatsächlich eine realistische Chance hat, auf die Politik Einfluss zu nehmen. Dass angesichts dieser starken Zweifel an der Effektivität trotzdem weitere Bürgerräte gefordert werden, unterstreicht noch einmal mehr das große Bedürfnis in der deutschen Bevölkerung, durch deliberative Instrumente besser Gehör zu finden und in politische Entscheidungen einbezogen zu werden.

Blickt man auf das Thema Ernährung, das der erste Bürgerrat des Deutschen Bundestages behandelte, so zeigt sich, dass dieses auch nach Auffassung der Bevölkerung ein relevantes und geeignetes Thema ist. Im Großen und Ganzen befasste sich der Bürgerrat mit Inhalten, welche die Bevölkerung umtreiben. Auch, dass der Bürgerrat in seinen Maßnahmen vorwiegend staatliche Eingriffe über verschiedenste Wege empfiehlt, spiegelt die Haltung der Bevölkerung wider. Dass diese Instrumente vor allem im Bereich (finanzielle) Förderung und Bildung/Aufklärung angesiedelt sind, Verbote jedoch nur eingeschränkt empfohlen werden, bildet ebenso die Sichtweise der Bevölkerung ab.

So ist nicht verwunderlich, dass die vom Bürgerrat empfohlenen Maßnahmen sehr starken Anklang in der Bevölkerung finden und breit unterstützt werden. Den verschiedenen Maßnahmen stimmen drei Viertel bis deutlich über 90 Prozent der Bevölkerung zu, was deutlich macht, dass die vom Bürgerrat erarbeiteten Instrumente in der Breite anschlussfähig sind.

Insgesamt lässt sich also das Fazit ziehen, dass Bürgerräte als Instrument im Allgemeinen bei der Bevölkerung auf großes Wohlwollen stoßen und an den sichtbaren Bedarf nach mehr Mitbestimmung anschließen. Auch die Ergebnisse, die der Bürgerrat erarbeitete, bilden erkennbar die Stimmung und Prioritäten in der Allgemeinbevölkerung ab, die sich gleichzeitig wünscht, die Politik möge diese auch berücksichtigen.

3 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Demokratiezufriedenheit der Bevölkerung (Erste Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023).....	6
Abbildung 2: Aussagen der Bevölkerung zu Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung (Erste Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023).....	7
Abbildung 3: Demokratieverständnis der Bevölkerung nach Vetter/Brettschneider (2023) (Erste Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023).....	9
Abbildung 4: Bekanntheit des Konzeptes „Bürgerrat“ in der Bevölkerung (Vergleich erste und zweite Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023 und Februar/März 2024).....	10
Abbildung 5: Bekanntheit des Bürgerrates des Deutschen Bundestages in der Bevölkerung (Vergleich erste und zweite Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023 und Februar/März 2024).....	12
Abbildung 6: Bekanntheit des Themas des Bürgerrates in der Bevölkerung (Vergleich erste und zweite Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023 und Februar/März 2024).....	13
Abbildung 7: Einstellung der Bevölkerung zum Bürgerrat (Vergleich erste und zweite Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023 und Februar/März 2024).....	14
Abbildung 8: Einschätzung der Bevölkerung zur Legitimation und Effektivität des Bürgerrates (Vergleich erste und zweite Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023 und Februar/März 2024).....	15
Abbildung 9: Empfehlung der Bevölkerung zur Fortführung von Bürgerräten (Vergleich erste und zweite Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023 und Februar/März 2024).....	16
Abbildung 10: Offenheit der Bevölkerung für eine eigene Teilnahme an zukünftigen Bürgerräten (Zweite Bevölkerungsbefragung, Februar/März 2024)	17
Abbildung 11: Eignung des Themas Ernährung für den Bürgerrat aus Sicht der Bevölkerung (Vergleich erste und zweite Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023 und Februar/März 2024).....	19
Abbildung 12: Bewertung der Bevölkerung zur Wichtigkeit der Unterthemen von Ernährung im Vergleich mit den Empfehlungen des Bürgerrates „Ernährung im Wandel“ (Erste Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023).....	21
Abbildung 13: Einschätzung der Bevölkerung: Aktive Rolle der Politik oder Ernährung als Privatsache? (Vergleich erste und zweite Bevölkerungsbefragung, November/Dezember 2023 und Februar/März 2024).....	23
Abbildung 14: Bekanntheit der Empfehlungen des Bürgerrates „Ernährung im Wandel“ in der Bevölkerung (Zweite Bevölkerungsbefragung, Februar/März 2024)	24
Abbildung 15: Bewertung der Empfehlungen des Bürgerrates „Ernährung im Wandel“ durch die Bevölkerung (Zweite Bevölkerungsbefragung, Februar/März 2024).....	26

